

**Fachregierungserklärung
des Staatsministers für Energie, Klimaschutz, Umwelt und
Landwirtschaft, Herr Wolfram Günther**

11. Sitzung des Sächsischen Landtags, 11. Juni 2020, TOP 1

Sperrfrist: Beginn der Rede

Hinweis: Es gilt das gesprochene Wort!

**„Coronakrise und Klimakrise meistern – Mit einem Green New Deal
Energiewende, Klima- und Artenschutz voranbringen und zu mehr regionaler
Wertschöpfung kommen“**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

die letzten Wochen waren Ausnahmewochen. Sie waren geprägt von großen Sorgen und Hoffnungen, waren geprägt von Krisenmanagement und Krisenkommunikation. Wir haben im Kabinett, in meinem Ministerium oder im eigenen Umfeld die Corona-Pandemie verfolgt; wir haben und erschreckende Bilder aus Italien, Spanien oder den USA gesehen. Unser aller privates, unser wirtschaftliches, unser kulturelles, unser öffentliches Leben war und ist teilweise noch in einem Ausmaß beschränkt, wie wir es noch nicht erlebt haben - und hoffentlich künftig nicht wieder erleben müssen.

Es waren millionenfache menschliche Kraftakte, die uns bisher durch die Krise geholfen haben. Kraftakte in Kliniken und Heimen und Praxen, in Unternehmen, im Handel, im Transportwesen und auch in Politik und Verwaltung. Und es werden weiter viele viele Kraftakte nötig sein, um die Folgen von Corona zu bewältigen. Der wirtschaftliche Einschnitt ist enorm, wobei sich hinter den wirtschaftlichen Kennziffern viele einzelne Schicksale verbergen.

Dennoch möchte ich festhalten: Unser Gemeinwesen kann akute Krisen abfedern und tut dies auch.

Ver- und Entsorgung haben funktioniert. Das gilt für Wasser, Energie und Lebensmittel genauso, wie für Abwasser- oder Abfallentsorgung. Dabei ist sichtbar geworden, was zu oft nicht wahrgenommen wird – nämlich, dass viele Menschen in Bereichen arbeiten, die für unser Gemeinwesen unverzichtbar sind, die jedoch zu oft auf eine gute Bezahlung verzichten müssen. Sie haben dauerhaft mehr verdient, als ein herzliches Dankeschön.

Und noch etwas hat sich gezeigt: Wir können auf stabile, gut funktionierende Institutionen bauen. Allen Unkenrufen zum Trotz: Unsere Demokratie, unsere freiheitliche und offene Gesellschaft und auch unsere föderalen Strukturen haben sich bewährt. Diese Aussage schließt Unvollkommenheiten, über die man sich gerne mal ereifert, bewusst mit ein.

Gleichzeitig haben wir staatlicherseits Freiheiten in einem Ausmaß beschränkt, die hart an der Schmerzgrenze waren und für einige Menschen auch darüber hinausgingen. Dass es da Anlässe für Kritik gibt, steht für mich außer Frage. Bei all dem vergessen wir bitte nicht: In dem wir uns als Individuen an Abstandsregeln und Maskenpflicht, an Einschränkungen bei Ver- und Ansammlungen halten, schützen wir immer die Anderen. Es ging und geht nicht um die eigene Person! Es ging und geht um Solidarität!

Bei allem Krisenmanagement, trotz aller Beschränkungen, trotz wirtschaftlicher Problembewältigung gilt jedoch auch: Das Leben geht weiter. Ich bin zuversichtlich, dass die Wirtschaft bald wieder auf Touren kommt. Es wird weiter investiert, produziert und konsumiert, es wird geplant und gebaut.

Umso wichtiger ist es deshalb, unsere Lebensgrundlagen besser zu schützen, unsere Ressourcen wirklich verantwortungsvoll und wirklich nachhaltig zu nutzen. Jetzt nach weniger Ökologie zu rufen, jetzt eine vermeintliche Chance zu sehen, aus kurzfristigen Kostengründen Umweltstandards zu senken, wäre mindestens doppelt töricht. Das gilt - nebenbei bemerkt ebenso für soziale Standards.

Es wäre doch geradezu wahnwitzig, die eine Krise, die Coronakrise, zu bewältigen und dabei die verschiedenen Umweltkrisen unbeachtet zu lassen oder gar zu verschärfen.

Es ist klar: Ich rede von der Erderwärmung inklusive Dürre oder Stürmen, die wir auch in Sachsen erleben. Ich rede von den Folgeschäden in der Landwirtschaft und in den Wäldern; ich rede vom Rückgang der Artenvielfalt.

Deshalb steht gerade jetzt an, umzusteuern. Wenn wir mit öffentlichen Milliarden die Wirtschaft unterstützen und die Konjunktur nach Corona wieder beleben, haben wir jetzt die

Chance und vorrangige Aufgabe, dabei Ressourcen und Umwelt zu schonen und dies mit dem dringenden sozialen Ausgleich zu verbinden. Das ist ein finanzieller Kraftakt – keine Frage.

Damit wir nicht mit leeren Kassen vor den nächsten riesigen Problemen der Klimakrise und beim Artensterben stehen, muss dieser Kraftakt auch dazu beitragen, diese Probleme zu bewältigen. Ich setze mich dafür ein, dass wir die enormen Potenziale der Energie- und Umweltpolitik deutlich entschlossener nutzen und so auch private Investitionen entfesseln. Das schafft Arbeitsplätze mit Zukunft und belebt die Konjunktur. Kurz: Das schafft eine doppelte Rendite. Das ist die Idee des „Green New Deals.“

Und letztlich wirft diese Strategie noch eine dritte Rendite ab. So reduzieren wir nämlich die Folgekosten, die durch Klimawandelfolgen und ökologische Probleme noch auf uns zukommen. Jeder nachhaltig investierte Euro hat also Folgenutzen. Wir haben jetzt die Chance und Aufgabe, unser Gemeinwesen, unsere Wirtschaft krisenfest, robust und nachhaltig zu gestalten.

Bemerkenswert ist doch, dass die Umweltministerinnen und Umweltminister von Bund und Ländern einmütig diese Haltung vertreten – ganz gleich aus welchem Teil des politischen Spektrums sie kommen.

Ich freue mich auch über die Initiative des „Green Deals“ auf europäischer Ebene und hoffe, dass die EU-Kommission standhaft auf diesem Kurs bleibt.

Meine Damen und Herren, die EU hat mit dem Green Deal eine wichtige Initiative ergriffen. Und die Koalition auf Bundesebene hat ihrerseits Eckpunkte eines Konjunkturprogramms vorgelegt, die aus Sicht des Nachhaltigkeitsgedankens vielfach in die richtige Richtung gehen. Das gilt insbesondere für Investitionen in Energieeffizienz oder bauliche Klimaanpassung bei sozialen Einrichtungen, in den Waldumbau, für Investitionen in Richtung Tierwohl, für die Förderung von Elektromobilität oder für die ÖPNV-Hilfen.

Inhaltlich passt das. Und es zeigt, dass sich nachhaltige Politik Stück für Stück durchsetzt. Hieran sollten wir anknüpfen. Deswegen setze ich mich dafür ein, dass wir die Mittel des Bundes abnehmen.

Diese Fachregierungserklärung halte ich im besonderen Bewusstsein, dass Corona und seine Folgen das Umfeld für alle Politikfelder erschweren. Aus oben genannten Gründen

habe ich mich entschieden, das Programm des Hauses und mein Engagement als Minister für Energie, Klimaschutz Umwelt und Landwirtschaft für die kommenden Jahre zu umreißen.

Meine Damen und Herren, in diesem Jahr besteht der Freistaat Sachsen 30 Jahre. Damit verbunden sind 30 Jahre Politik mit vielen Erfolgen. Wer wollte das bestreiten? Wer hier die Zeit vor 25, vor 30 Jahren bewusst erlebt hat, weiß, was sich auch im Umweltbereich zum Besseren gewendet hat: Wasser, Böden und Luft sind deutlich sauberer. Wir haben weniger Belastungen im Boden, weniger Ammoniak, Schwefel oder Blei in der Luft. Da ist viel passiert – dank strengerer Gesetze und Verordnungen, dank technischer Lösungen, dank auch der Umweltbewegungen.

Einige Probleme waren relativ eindeutig und leicht eingrenzbar. Gegen sauren Regen und Waldsterben half vor allem die Entschwefelung in den Kraftwerken; gegen giftiges Blei in der Umwelt half bleifreies Benzin; gegen das Ozonloch half der Verzicht auf Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe. Es gab klar umrissene Probleme und spezifische technische Lösungen. Die betrafen häufig irgendwelche Unternehmen, aber weniger unser alltägliches Leben. So weit, so gut. Nun aber merken wir: Die Herausforderungen sind umfassender.

Borkenkäferplage, Nitratbelastung, Stickoxide, Insektensterben oder ganz global der Klimawandel zeigen: Auch wenn viel erreicht wurde in den letzten Jahrzehnten; es wurde auch viel versäumt. Oft aus Bequemlichkeit, oft wegen kurzfristiger politischer oder ökonomischer Kosten, meist aber wider besseres Wissen. Es wächst die Kluft zwischen dem Erreichten und dem Notwendigen – so drückte es der Sachverständigenrat für Umweltfragen kürzlich bei der Vorstellung seines Umweltgutachtens aus.

Diese Versäumnisse – egal ob lokal, regional, national oder international – diese Versäumnisse holen uns ein. Das spüren die Menschen inzwischen in ihrem Alltag. Nicht von ungefähr steigen die Erwartungen vieler Menschen an echte Veränderungen bei Energie und Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft. Sie erwarten vor allem drei grundlegende Trendwenden:

- Erstens eine Energiewende. Heißt: Einhaltung der Klimaziele von Paris durch wirksame Reduktion des CO₂-Ausstoßes. Ziel ist, dass unsere Energieträger zu 100 Prozent erneuerbar sind.
- Zweitens einen spürbar verbesserten Schutz der Artenvielfalt wie auch weniger Luft- und Lärmverschmutzung.

- Und drittens eine Landwirtschaftspolitik, die sich gleichermaßen an sicheren Einnahmen für die Landwirtinnen und Landwirte, Ökologie, Tierschutz, regionaler Wertschöpfung und ländlicher Entwicklung ausrichtet.

Meine Damen und Herren, seit Dezember heißt das Umwelt- und Landwirtschaftsministerium Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft. Der erweiterte Name des Ministeriums spiegelt wider, dass wir den genannten Trendwenden klare Priorität einräumen und die verschiedenen Bereiche konsequent zusammendenken.

Lassen Sie mich nun zu den verschiedenen Aufgabenbereichen Stellung beziehen und das Arbeitsprogramm der nächsten Monate und Jahre schwerpunktmäßig umreißen.

Energiepolitik und Klimaschutz

Die Fakten des Klimawandels – oder besser: der Erderwärmung - lauten auch in Sachsen: Die Jahresdurchschnittstemperatur ist gestiegen - im Zeitraum 1991 bis 2019 gegenüber der Referenzperiode 1961–1990 um über ein Grad Celsius. Und sie steigt weiter. Hinzu kommt: Die Klimaprojektionen lassen erwarten, dass sich der Trend beschleunigt fortsetzt. Spürbar veränderte Niederschlagsmuster, die Dürre vor allem in Nord- und Ostsachsen oder die Zunahme extremer Wetterereignisse wie Stürme und Starkregen sind ebenfalls deutliche Indizien.

Die Folgen spüren wir alle. Die Städte überhitzen – mit allen gesundheitlichen Folgen gerade für ältere Menschen - und auf dem Land leiden Wälder und Ernten. Das heißt auch, es leiden unsere Land- und Forstwirtschaft.

Bisher war uns so etwas fremd. Bisher kannten wir solche Probleme aus Fernsehnachrichten und Zeitungsberichten aus anderen Weltgegenden. Nun zeigt sich: Klimaschutz, aber auch Klimawandelanpassung, sind essentiell für die Menschen in fernen Gegenden und für uns in Sachsen.

Unser Klimaschutz-Ziel ist das 1,5-Grad-Ziel von Paris. Dazu hat sich Deutschland nicht nur völkerrechtlich verpflichtet, sondern auch aus schlichter Vernunft. Und der wichtigste Weg dahin lautet Dekarbonisierung. Strom- und Wärmeproduktion sowie der Verkehr müssen mittelfristig möglich sein, ohne Gas, Kohle und Öl zu verbrennen.

Wir sind uns deshalb einig, den Kohlekompromiss von 2018 umzusetzen. Das heißt, dass wir bis spätestens 2038 aus der Kohleverstromung aussteigen und dass Sachsen bis 2050 treibhausgasneutral ist.

Dabei gelten zwei Prämissen für uns: Erstens, Sachsen soll Energieland bleiben. Dazu stehen wir – und wir wollen uns, so weit wie möglich, selbst und sicher mit bezahlbarem Strom versorgen. Und zweitens flankieren wir den Kohleausstieg mit nachhaltigen Infrastrukturmaßnahmen in der Lausitz und im Leipziger Raum.

Gleichzeitig brauchen wir weitergehende Konzepte. Wir schreiben daher das Sächsische Energie- und Klimaprogramm fort. Gerade ist der Entwurf in die Ressortabstimmung gegangen und im September wollen wir das Programm verabschieden.

Für 2024 haben wir uns ein Zubau-Zwischenziel von vier Terawattstunden Erneuerbarer Energien gesetzt. Der Hauptteil davon soll mit Windenergie und Photovoltaik erreicht werden. Dazu werden wir die Vorschriften der Landesraumordnung und der Regionalplanung entsprechend anpassen. Bei der Gelegenheit: Wir erreichen das bei der Windenergie mit der 1000-Meter-Abstandsregel.

Ich freue mich, dass die Knoten bei den Themen Mindestabstände von Windrädern zu Siedlungen und beim so genannten Solardeckel geplatzt sind. Sachsen wird - wie im Koalitionsvertrag vereinbart - die 1000-Meter-Regel nutzen. Dazu wird nach der Gesetzänderung im Bund eine eigene sächsische Regelung nötig. Außerdem begrüße ich, dass mit dem Wegfall des 52-Gigawatt-Deckels für die Photovoltaik das große Potenzial der Solarenergie für die klimafreundliche Energieversorgung in Sachsen gehoben werden kann.

Klarheit bei den Abständen und der Wegfall des Photovoltaik-Deckels können alleine in Sachsen zwei bis drei Milliarden Euro an privaten Investitionen in die Erzeugung von Wind- und Solarenergie hervorrufen. Private, Stadtwerke, Genossenschaften stehen bereit, um zu investieren.

Biogasanlagen sollen weiter einen wichtigen Beitrag leisten zur Energiewende, aber auch zur Einnahmesicherung unserer Landwirtschaftsbetriebe.

Aber auch die Erzeugung und Nutzung von Wasserstoff bringen wir in Sachsen voran. Ziel ist eine sächsische Wasserstoffwirtschaft entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Wenn Wasserstoff „grün“ erzeugt wird, ist er nicht nur ein wichtiger Baustein der Energiewende, er birgt auch die Chance, Sachsen zu einer Energieregion der Zukunft zu entwickeln.

Wir haben bereits mit der Arbeit an der Wasserstoffstrategie begonnen und werden noch in diesem Jahr einen breiten Stakeholder-Prozess eröffnen. Bald werden wir die Eckpunkte der Strategie vorlegen.

Eine wesentliche Frage der Energiewende ist, wie wir die Sektorenkopplung gestalten - also die Integration Erneuerbarer Energien in die Bereiche Strom, Wärme und Verkehr. Hierzu brauchen wir intelligente Netze und Speicher. In der sehr gut angenommenen Speicherförderung werden wir weitere Fördergegenstände, wie z.B. Wärmespeicher, aufnehmen.

Übrigens: Wir hatten in den ersten Monaten dieses Jahres überdurchschnittlich viel Strom aus Sonne und Wind im Netz. Im Februar lag der Anteil bei der Rekordmarke von durchschnittlich 85 Prozent. Das sind Anteilswerte an Erneuerbaren, die wir im Rahmen der Energiewende erst um 2030 herum erwartet hatten.

Gleichzeitig bewältigen unsere Netzbetreiber die Transformation des Energiesystems gut. Die Verschiebungen im Energiemix haben laut Netzbetreibern keine Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit. Das gibt uns Sicherheit dafür, die Ausbauziele für Erneuerbare Energien, die wir uns als Koalition gesetzt haben, schnell umsetzen zu können.

Gerade in der Energiepolitik denken wir global und handeln vor Ort. Wichtige Partner sind deshalb die Kommunen. Kommunen und ihre Einrichtungen können den Energieverbrauch oft mit geringem Aufwand senken. Wir unterstützen sie dabei, diese Potenziale zu kennen und zu nutzen.

Derzeit erarbeiten wir das Konzept „Klima kommunal“ mit verschiedenen Akteuren. Kernpunkte sind unter anderem der Ausbau der Strukturen bei der Energieagentur SAENA und beim Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie zur Unterstützung der Kommunen, die Verstetigung von Instrumenten wie dem Kommunalen Energiemanagement sowie flankierende Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit oder der Datenbereitstellung.

Energieeffizienz auf lokaler Ebene ist das eine, Klimaanpassung das andere. Wir unterstützen die Kommunen daher auch bei letzterem. Schwerpunkt dabei: Das Stadtgrün – also Gehölzpflanzungen oder Dach- und Fassadengrün. Sie helfen, das in bebauten Bereichen ohnehin immer etwas wärmere Mikroklima abzukühlen und auszugleichen.

Der Koalitionsausschuss auf Bundesebene hat verkündet, dass es ein Förderprogramm für bauliche Anpassung in sozialen Einrichtungen geben wird. Unser Ziel ist, dass viele dieser Mittel nach Sachsen fließen und die notwendigen Investitionen vor Ort unterstützen.

Was für die Kommunen gilt, gilt auch für uns. Wir werden den Einsatz von Elektrofahrzeugen im landeseigenen Fuhrpark und die Zahl der Ladesäulen an landeseigenen Liegenschaften deutlich erhöhen. Zudem wollen wir zusammen mit den regionalen Energiepartnern und der regionalen Handwerkerschaft die emissionsarme und effiziente Gebäudeenergieversorgung von Immobilien des Freistaates ermöglichen. Wir gehen also mit gutem Beispiel voran.

Und im Übrigen lassen wir uns messen – im wahrsten Sinn des Wortes. Denn künftig werden wir dem Landtag regelmäßig einen Fortschrittsbericht über die Entwicklung der Treibhausgasemissionen im Freistaat vorlegen.

Insgesamt werden wir in einen breiten gesellschaftlichen Dialog über unsere energie- und klimapolitische Zukunft treten. Denn klar ist auch: Wir möchten die Bürgerinnen und Bürger einbeziehen. Dazu werden wir verschiedene Dialogformate und -veranstaltungen nutzen und bei der Sächsischen Energieagentur eine Dialog- und Servicestelle einrichten.

Natur- und Umweltschutz

Meine Damen und Herren, ich hatte die drei großen und notwendigen Trendwenden angesprochen. Ich komme nun zu Trendwende Nummer Zwei – zur Wende hin zu einem wirksamen Natur- und Umweltschutz. Sie bedeutet, dass wir es unter anderem schaffen, das Artensterben zu stoppen und die biologische Vielfalt zu erhalten. Ein großes Ziel - ehrgeizig und anspruchsvoll.

Dass Arten und Ökosysteme Schutz brauchen, wird von immer mehr Bürgerinnen und Bürgern gesehen. Den Menschen entgeht nicht, dass Vogelarten aus ihrer Umgebung verschwinden, dass die Insekten weniger geworden sind. Und erst recht entgeht das all denen nicht, die einen Garten haben, die etwas Gemüse anbauen oder Obst ernten möchten.

Dabei muss klar sein: Es geht nicht nur darum, vor Ort die eine oder andere Art zu retten. Es geht nicht allein zum Beispiel um Feldhamster, Ortolan oder den Juchtenkäfer an sich. Es geht um den Schutz von Lebensräumen, von Ökosystemen; es geht um deren

lebensnotwendige Vernetzung. Und es geht um Ökosystemdienstleistungen für uns Menschen. Das heißt, es geht um die Vorteile, die wir durch funktionierende Ökosysteme haben.

Wir haben uns den Erhalt biologischer Vielfalt politisch auf die Fahnen geschrieben. Nebenbei bemerkt hat sich Deutschland mit dem Beitritt zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt entsprechend vertraglich festgelegt. Deshalb meine ich: Wenn wir „A“ wie Artenschutz sagen, dann sagen wir auch „B“ wie Biotopschutz.

Es geht also letztlich um Flächen und die Frage, wie wir diese so nutzen und schützen können, dass Natur in einer vielgestaltigen Kulturlandschaft erhalten bleibt. Gute Voraussetzungen bringen wir mit. Denn wir haben in Sachsen noch ökologisch vielseitige Kulturlandschaften.

Die Ziele sind also definiert. Was sind unsere wesentlichen Aktivitäten?

Wir werden konkrete Schritte unternehmen, um das Biotopverbundsystem auch außerhalb der Kernflächen zu verbessern. Dazu zählt, dass wir in einer Flächenstrategie aufzeigen werden, welche Flächen für den Biotopverbund von besonderer Bedeutung sind, um sie mittel- bis langfristig zu erwerben. Damit arrondieren wir unsere Flächen. Das erleichtert Schutz und Pflege.

Ich hatte gerade erwähnt, dass wir für den Artenschutz Flächen schützen und zu vernetzen. Das wollen wir auf diese Weise erreichen. Denn wenn wir Biotopverbünde stärken, fördern wir die Tier- und Pflanzenpopulationen und erleichtern Wanderungsbewegungen der betreffenden Tiere.

Natürlich gehört dazu auch, die Schutzgebiete und deren systematische Einbindung weiterzuentwickeln. Ein wichtiges Vorhaben ist es, das Nationale Naturmonument „Grünes Band“ auszuweisen.

Darüber hinaus wollen wir das Projekt eines Biosphärenreservats entlang der Flusslandschaft Elbe voranbringen. In beiden Fällen wollen und werden wir das gemeinsam mit den jeweiligen Akteuren vor Ort - namentlich Gemeinden, Städten und Landkreisen sowie Landnutzern und Verbänden angehen.

Und nicht zuletzt geht es uns um die Perspektiven einer weiteren Perle – nämlich des Nationalparks Sächsische Schweiz. Wir untersuchen die Potenziale für eine nachhaltige

Entwicklung bei gleichzeitiger Gewähr des strengen Schutzstatus. Dazu gehören auch Konzepte für naturverträglichen Tourismus und die Besucherlenkung. Entsprechende Maßnahmen und Konzepte unterstützen wir.

Auf der rechtlichen, auf der institutionellen Ebene steht in naher Zukunft die Novelle unseres Naturschutzgesetzes an. Ein Punkt dabei ist, den Kommunen wieder wirksame Baumschutzsatzungen zu ermöglichen und hier die kommunale Selbstverwaltungshoheit wiederherzustellen. Vor dem Hintergrund, dass das Naturschutzgesetz unter anderem in diesem Punkt erst vor sieben Jahren geändert wurde, bin ich den Kolleginnen und Kollegen der damals beteiligten CDU dankbar, dass wir diesen Punkt gemeinsam im Koalitionsvertrag festhalten konnten.

Denn wir wollen mehr Grün in den Städten haben – für Klimaanpassung oder für den Erhalt von Artenvielfalt.

Ebenso erarbeitet das Ministerium derzeit ein Landesförderprogramm Naturschutz. Unterstützen werden wir ganz praktische Naturschutzarbeit vor Ort. Vorrangig wollen wir Projekte, die eine Vorbildwirkung haben.

Meine Damen und Herren, auch im Naturschutz gilt: Wir wollen den Schutz von Artenvielfalt, von Lebensräumen und Landschaften gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern forcieren.

Hier sind wir besonders dankbar, für das vielfache Engagement im Ehrenamt, Das wollen wir noch besser unterstützen. Hier sind etwa die Jungen Naturwächter zu nennen oder das Netz unserer Naturschutzstationen.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zu einem anderen Aspekt ökologischer Entwicklung in Sachsen. Unser Land ist reich an unterschiedlichsten Gewässern: Die Flüsse und Bäche im beziehungsweise aus dem Mittelgebirge, die zum Teil Jahrhunderte alten Teiche vor allem in der Lausitz, die Stauseen oder die Tagebauseen.

Allen gemeinsam ist: Wir nutzen sie, wir brauchen sie und sie bedürfen des Schutzes. Gleichzeitig haben wir in jüngster Vergangenheit mehrmals Hochwasser erlebt, die Milliarden Schäden angerichtet haben und wir haben Dürren erlebt, die den Wasserhaushalt massiv beeinträchtigen.

Lassen Sie mich zunächst an das Thema Hochwasser anknüpfen.

Auch die Hochwasser 2002, 2010 und 2013 haben uns vor Augen geführt, dass wir vermehrt mit extremen Wetterereignissen und mit Katastrophen rechnen müssen und dass es angezeigt ist, Vorsorge zu treffen. Das gilt für Privathaushalte oder Unternehmen genauso, wie für die Kommunen und den Freistaat. Alle können und sollen ihren Teil beitragen, dass künftige Hochwasser nicht mehr solch verheerende Schäden verursachen.

Unsere Flüsse brauchen Raum. Nun ist klar, dass das in der flachen Elbaue unterhalb Rieras leichter umsetzbar ist, als in manch enger, dicht besiedelter Tallage des Erzgebirges. Dennoch steht es uns gut an, diesen Grundsatz soweit wie möglich zu beherzigen.

Wir setzen daher insgesamt darauf, unsere Fließgewässer zu renaturieren und dieses mit Hochwasserschutz zu verbinden. Das kann und wird im Rahmen von Vorhaben des Hochwasserschutzes, von Hochwasserschadensbeseitigung des sächsischen Auenprogramms oder auch Schritt für Schritt im Rahmen der Gewässerunterhaltung geschehen.

Den rechtlichen Rahmen setzt vor allem die Wasserrahmenrichtlinie der EU. Hier sind wir in Sachsen gewaltig in Verzug. Noch immer besitzen 96 Prozent der sächsischen Oberflächengewässer nicht die rechtlich vorgeschriebene Qualität – namentlich einen guten ökologischen Zustand.

Hinzu kommt: Bei der Umsetzung unseres Hochwasserschutzprogramms werden wir besonders die Rückverlegung von Deichen und die Schaffung von Retentionsflächen berücksichtigen. Und auch im Auenprogramm nutzen wir diese Möglichkeiten. Ich denke da an eine ganze Reihe von Maßnahmen zum Beispiel an der Weißen Elster, an der Gottleuba oder der Zwickauer Mulde, deren Realisierung in Teilen auch durch das Sofortprogramm der neuen Staatsregierung ermöglicht wird.

An der Spree haben wir übrigens gerade vor wenigen Wochen ein entsprechendes Projekt abgeschlossen, das uns zeigt: Hochwasserschutz und ökologische Gewässergestaltung sind nicht nur kein Gegensatz, sondern funktionieren in der Kombination sehr gut. Beides gehört zusammengedacht.

Wir machen es uns deshalb zur Aufgabe, integrierte Gewässerentwicklungskonzepte zu erstellen und umzusetzen sowie Gewässerrandstreifen zu erwerben.

Auch in Ortslagen muss und lässt sich Hochwasserschutz mit Ökologie verbinden. Ein Beispiel: Die Landestalsperrenverwaltung und die Stadt Dresden haben - nicht weit von hier an der Weißeritz – rund 37 Millionen Euro in Hochwasserschutz investiert und gleichzeitig den Fluss ökologisch aufgewertet. Die Schäden, die das Hochwasser an der Weißeritz 2002 verursacht hat, lagen bei 250 Millionen Euro. Das macht im Übrigen deutlich, dass Vorsorge meist deutlich billiger zu haben ist, als Schadensbeseitigung. Dieser Ansatz ist für mich ein essenzieller Teil unserer Umweltpolitik.

Ebenfalls nennen möchte ich den Aspekt der Eigenvorsorge. Wir schaffen einen finanziellen Anreiz, insbesondere an Bestandsgebäuden in Überschwemmungsgebieten beziehungsweise in gefährdeten Gebieten Eigenvorsorge zu betreiben. Hierfür werden wir die Wohnraumförderung ergänzen.

Meine Damen und Herren: Der Freistaat hat in Bezug auf Gewässer mehrfache Verantwortung. Rund 40 Prozent unseres Trinkwassers in Sachsen kommt aus den Talsperren und Speichern des Freistaats. 93 Millionen Kubikmeter haben unsere Talsperren im vergangenen Jahr für Trinkwasser bereitgestellt. Hinzu kommt das Wasser aus den Brauchwassertalsperren, das wir Unternehmen oder der Landwirtschaft bereitstellen.

Aktuell fast zweieinhalb Jahre mit deutlichen Niederschlagsdefiziten sind auch für die Wasserwirtschaft ein Stresstest. Das gilt umso mehr, als wir in Sachsen tendenziell mit längeren Trocken- und Dürrephasen rechnen müssen.

Zwar hatte sich auf Grund des überdurchschnittlich nassen Februars die Situation in den Talsperren zwischenzeitlich deutlich entspannt. Hinzu kommt, dass die Landestalsperrenverwaltung ihre Anlagen gut und vorausschauend bewirtschaftet. Allerdings liegt das seit Anfang 2018 summierte Niederschlagsdefizit in Sachsen im Schnitt bei 400 Litern pro Quadratmeter. Es müsste also deutlich mehr regnen, damit sich die Situation nicht wieder verschärft.

Und wir brauchen weitere technische Lösungen für eine langfristig sichere Wasserversorgung. Wir wollen deshalb das bestehende Verbundsystem zwischen den Talsperren weiter ausbauen und dafür Stollen bauen. Die Überlegungen dazu werden derzeit konkretisiert. Wir rechnen grob geschätzt mit einem Investitionsvolumen von 200 Millionen Euro um das System von Speichern und Talsperrenverbänden zu „härten“ – wie die Fachleute sagen.

Das Gute daran ist, dass wir auf einen bewährten Verbund aufbauen können – ein Verbund, der zum Teil sogar Jahrhunderte alte wasserwirtschaftliche Anlagen des Bergbaus im Erzgebirge nutzt.

Meine Damen und Herren, Umweltpolitik ist Querschnittspolitik und Umweltpolitik hat ein weites Spektrum. Deshalb erlaube ich mir einen Sprung hin zu einem immer wieder unterschätzten Problem – dem Lärm. Lärm mindert die Lebensqualität und macht krank – das ist grundsätzlich bekannt. Also gilt es, den Lärm am besten an der Quelle zu mindern.

Wir setzen ein Landeslärmschutzprogramm auf. Mit diesem Programm unterstützen wir die Kommunen bei ihren gezielten Maßnahmen aus den jeweiligen Lärmaktionsplänen.

Darüber hinaus werden wir die Belastung durch Fluglärm weiter begrenzen. Dafür gibt es einige Instrumente, die vor allem am Flughafen Leipzig-Halle greifen sollen. Als Stichworte nenne ich den Wegfall von nächtlichen Triebwerksprobeläufen im Freien, eine gleichmäßigere Verteilung der Starts und Landungen auf beide Bahnen oder eine Steuerung über die wirksame Spreizung der Start- und Landeentgelte entsprechend der Lärmbelastung.

Und noch ein Oberthema haben wir auf der umweltpolitischen Agenda – nämlich Abfallvermeidung und Abfallverwertung. Abfallvermeidung heißt ja, bei der Produktion von Gütern gleichzeitig Energie und Rohstoffe zu sparen. Und Abfallverwertung bedeutet, Abfälle – oder tatsächlich besser: Wertstoffe – in die Wirtschaftskreisläufe zurückzuführen. Hier gibt es gerade für die sächsische Wirtschaft etliche Möglichkeiten, technologisch zu punkten.

Grundlage unseres Handelns in diesem Bereich sollen Abfallvermeidungs- und Abfallverwertungsstrategien sein. Fünf Prinzipien bzw. Pfade werden die Richtung weisen: 1.) Müllvermeidung, 2.) die Umgestaltung von Produkten und Prozessen, 3.) die Wiederverwendung von Gegenständen, 4.) die stoffliche Umwandlung von Abfällen in Rohstoffe und 5.) die Kompostierung.

Dies wird auch Eingang in den fortzuschreibenden sächsischen Abfallwirtschaftsplan finden. Den neuen Plan möchten wir 2022 vorlegen.

Auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft wird vor allem die Umweltallianz ein wichtiger Impulsgeber beziehungsweise Transmissionsriemen sein.

Landwirtschaftspolitik

Meine Damen und Herren, rund 55 Prozent der Landesfläche Sachsens sind Landwirtschaftsfläche. Diese Zahl zeigt die grundlegende Bedeutung der Landwirtschaft. Sie geht uns alle an. Ganz abgesehen davon, dass die Landwirtinnen und Landwirte verlässlich eine unverzichtbare Grundlage unseres Lebens produzieren - nämlich im wahrsten Sinne des Wortes Lebensmittel. Dafür verdienen sie Respekt und Wertschätzung.

Mit dieser Landnutzung gehen jedoch ökologische Probleme einher. Zu hohe Nitratwerte im Grundwasser sind nicht nur, aber zu einem großen Teil durch die Landwirtschaft verursacht, genauso wie der Rückgang der Artenvielfalt in vielen ländlichen Gebieten. Das können wir nicht wegreden – auch wenn allen klar ist, dass es zahlreiche weitere Ursachen gibt, wie zum Beispiel Siedlungsentwicklung, Verkehr und Freizeitnutzung.

Deswegen darf es bei diesen Herausforderungen nicht um Schuldzuweisungen gehen. Es geht nicht um Vorwürfe. Es geht um Rahmenbedingungen, die wir gemeinsam so gestalten müssen, dass alle Gesellschaftsbereiche ihren Beitrag zur Lösung erbringen können. Dazu gehört eben auch die Landwirtschaft als integraler Bestandteil der Gesellschaft.

Was liegt mir als sächsischem Landwirtschaftsminister am Herzen?

Mir ist es ein besonderes Anliegen, dass unsere Landwirtschaft eine nachhaltige, gute Zukunftsperspektive hat. Wir müssen die Einkommensaussichten der Landwirtschaft stabilisieren und dazu deutlich die regionale Wertschöpfung in der Land- und Ernährungswirtschaft stärken. Das heißt, wir werden regionale Wirtschaftskreisläufe unterstützen und hierzu regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrategien ausbauen.

Gerade in den vergangenen drei Monaten der Corona-Krise hat sich gezeigt, wie wichtig regionale Produktion und Wertschöpfung ist. Regionalität bedeutet bei Lebensmitteln erstens auch Vertrauen und zweitens schafft sie mehr Krisenfestigkeit – nämlich dann, wenn die überregionalen, die globalen Lieferketten nicht richtig funktionieren.

Wir wollen Regionalität strategisch aus der Nische hin zu Systemrelevanz bringen. Dies können wir nur gemeinsam mit Landwirten, Verarbeitern, der Lebensmittelbranche insgesamt und dem Einzelhandel in Sachsen erreichen. Und dort sehe ich bereits ein großes Bewusstsein für diese Frage, auf das wir aufbauen können.

Wir wollen die gesamte Wertschöpfungskette in den Blick nehmen – von den Erzeugern über die Weiterverarbeitung, das Endprodukt und den Handel bis zu den Verbraucherinnen und Verbrauchern.

Unsere Strategie fußt dabei auf drei Säulen: Direktvermarktung, Einzelhandel und Außerhausverpflegung – also Restaurants oder Gemeinschaftsverpflegung in Kantinen, in Kitas, in Kliniken.

Vor diesem Hintergrund prüfen wir, eine Agentur zum Agrarmarketing für regionale und Ökoproducte einzurichten. Eine Studie hierzu ist vor einer Woche beauftragt worden.

Wichtiger Bestandteil ist nicht zuletzt unser Portal regionales.sachsen.de. Dieses wurde jüngst bezüglich der Produktkategorien als auch der Funktionen auf der Oberfläche erweitert. Derzeit sind im Regionalportal über 300 regionale Erzeuger/Anbieter; 56 Regionalinitiativen und 67 Spezialitäten zu finden. Weitere Schritte folgen in Kürze. Denn Stärkung regionaler Wertschöpfung bedeutet, dass wir Plattformen schaffen, dass wir informieren und vernetzen.

Regionalität sehe ich in engem Zusammenhang mit Ökolandbau. Den wollen wir ebenfalls konsequent voranbringen. Das bedeutet, dass einerseits die ökologisch bewirtschaftete Fläche größer wird. Andererseits ist es wichtig, erstens auch Verarbeitung von Erzeugnissen aus dem Ökolandbau im Lande zu haben und zweitens den Absatz hier auszuweiten. Unser Augenmerk liegt also auf einem marktgerechten Wachstum des Öko-Landbaus unter Einbeziehung der gesamten Wertschöpfungskette.

Gleichzeitig haben wir im Koalitionsvertrag formuliert – ich zitiere; „Konventionelle und ökologische Landwirtschaft sind in Sachsen gleichberechtigt.“ Das ist richtig. Dabei möchte ich gar nicht so sehr die Unterschiedlichkeit betonen oder gar Schwarz-Weiß-Muster konstruieren.

Vielmehr geht es darum, die Landwirtschaft in der Breite ökologisch verträglich zu gestalten – auch unabhängig von Zertifikaten. Möglichkeiten gibt es viele - und vieles ist so neu nicht. Nicht zuletzt geht es hier auch um Strategien zur Anpassung an den Klimawandel.

Als Stichworte nenne ich zum Beispiel die Anlage von Randstreifen auf Äckern oder an Gewässern, ich nenne bodenschonende Bearbeitungsformen, die schon breit angewandt werden, ich nenne auch den sehr gezielten, technologisch unterstützten Einsatz von Dünger.

Zwei weitere Punkte möchte ich hervorheben.

Erstens: In zehn Jahren – also 2030 - soll der Einsatz von synthetischen Pflanzenschutzmitteln in der sächsischen Landwirtschaft nur noch halb so hoch sein wie heute. Ein durchaus ehrgeiziges Ziel, das auch die EU-Kommission für Europa so formuliert. Die fachlich-strategischen Grundlagen werden in den kommenden Monaten erarbeitet. Erreicht werden kann dieses Ziel nur durch ein Bündel an Maßnahmen und Instrumenten.

Gerade hier, bei der Reduktion von Pflanzenschutzmitteln, kann uns als ein Pfad die Digitalisierung zu Gute kommen. Mit Instrumenten des „smart farming“ – man kann auch sagen mit dem Bauernhof 4.0 – lassen sich ökologische Ziele wie ein deutlich geringerer Einsatz an Insektiziden, Fungiziden oder Herbiziden besser erreichen.

Und zweitens erstellen wir eine Nutztierstrategie. Ziel ist die Tierhaltung im Sinne des Tierschutzes zu verbessern. Wir müssen zu Tierhaltungssystemen und Haltungsbedingungen kommen, die klar über bisherige Standards hinausgehen. Gleichmaßen müssen diese betriebswirtschaftlich funktionieren und gesellschaftlich akzeptiert sein. Nur so erreichen wir auch Investitionssicherheit für die Betriebe.

Ein Beispiel: Vor vier Wochen haben wir bereits einen Schritt in diese Richtung getan, in dem wir die Förderung tiergerechter Mutterkuhhaltung beschlossen haben. Betriebswirtschaftlich gleichen wir dabei letztlich die geringere Flächenproduktivität aus. Und mit der Mutterkuhhaltung fördern wir quasi nebenbei die ohnehin naturnahe Weidetierhaltung.

Ein gutes Zeichen ist es, dass der Bund mit seinem Konjunkturprogramm auch Investitionen in das Tierwohl fördern möchte.

Meine Damen und Herren, ein roter Faden meiner Rede ist leider die Erderwärmung. Die Wetterextreme insgesamt, vor allem aber die Dürre bedeuten auch Anpassungsdruck für die Betriebe - gerade auf trockenen, sandigeren Böden. Die Probleme für die Ernten und die Betriebe sind mir bewusst.

Nicht umsonst haben viele Betriebe 2018 Dürrehilfen erhalten. Es gibt Hochrechnungen, wonach in Sachsen bis 2050 bis zu drei Milliarden Euro volkswirtschaftliche Schäden durch Dürre entstehen. Das sind rund 100 Millionen Euro im Jahr.

Auch in der Landwirtschaft muss also angesichts der Dürren investiert werden. Dabei ist es meiner Ansicht nach wichtig, dass Betriebe in Eigenverantwortung umsteuern. Wir brauchen

einen Wandel in der Wirtschaftsweise. Und wir können staatlicherseits nicht immer wieder Soforthilfen ausreichen – auch wenn so eine Aussage wenig sexy ist.

Dass Anpassung an den Klimawandel funktionieren kann, dass Betriebe mit Dürre zurechtkommen können, dafür gibt es gute Beispiele auch in Sachsen. Zusammen mit dem Bauernverband habe ich vor wenigen Wochen Höfe in Nordsachsen besucht, die hier auf einem guten Wege sind.

Und ich möchte mit den Landwirten den Dialog führen, wie wir das noch besser machen, wie wir die vielfältigen Möglichkeiten der Anpassung an den Klimawandel noch besser in die breite Anwendung bringen können. Dazu werde ich im Herbst den Auftakt setzen.

Gleichzeitig auch hier gilt: Wir fördern entsprechende Anpassungsinvestitionen, wir beraten, wir vernetzen die Akteure, wir sorgen für Wissenstransfer.

Wenn Betriebe jetzt in Wasserrückhalt, Bewässerungssysteme und Schutzstreifen investieren, und der Staat das fördert, dann helfen wir, dass die Landwirtschaft auch unter den Bedingungen des Klimawandels Geld verdienen kann und kommen gleichzeitig zu ökologischen Verbesserungen.

Vorhin hatte ich den Green Deal der EU genannt. In der Agrarpolitik wird es darauf ankommen, dessen Ziele in die Gemeinsame Agrarpolitik – kurz: GAP – beziehungsweise in den nationalen GAP-Strategieplan aufzunehmen.

Wir setzen uns beim Bund für ambitionierte Umwelt- und Klimaziele und EU-weite Mindeststandards im GAP-Strategieplan ein. Um diese umzusetzen, braucht es ein ausreichendes finanziertes Budget. Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen im Rahmen der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik werden hierbei eine wichtige Rolle einnehmen.

Landwirtschaftsbetriebe tragen mit jedem Hektar zur nachhaltigen Entwicklung bei. Wichtige Umweltleistungen werden unabhängig von der Betriebsgröße erbracht. Eine eventuelle Kappung der Direktzahlungen soll die vollen Arbeitskosten eines Betriebes bei der Obergrenze berücksichtigen. Hieraus freiwerdende Mittel müssen in den jeweiligen Bundesländern verbleiben. Eine Umverteilung von GAP-Mitteln zwischen den Bundesländern lehnen wir ab.

Wenn wir über die Zukunft der Landwirtschaft sprechen, dann steht auch an, über die Agrarstrukturen zu sprechen. Vor 60 Jahren war die Kollektivierung bäuerlicher

Familienbetriebe in der DDR abgeschlossen. Zwang, Repression und tausende Prozesse zerstörten alte und funktionierende Strukturen. Und sie brachten menschliches Leid aufs Land. Nicht nur, aber auch in Sachsen. Mit der Zwangskollektivierung litten Identität, Eigenverantwortung und Wertschöpfung vor Ort.

Aber auch heute steht landwirtschaftliches Eigentum unter Druck. Boden ist nicht mehr nur Grundlage für Landwirtschaft. Boden wird weltweit, aber auch in Deutschland zunehmend zum Spekulationsobjekt von Investoren außerhalb der Landwirtschaft – Stichwort Landgrabbing. Einem Ausverkauf hier bei uns wollen wir klare Grenzen aufzeigen. Deswegen wird es in Sachsen ein Agrarstrukturgesetz geben.

Wir wollen eine vielfältige Agrarstruktur erhalten, wir wollen den Zugang zu Agrarflächen für Landwirte am Ort erleichtern und für außerlandwirtschaftliche Investoren erschweren. Schließlich wollen Landwirte auf ihrem Land Landwirtschaft betreiben.

Forstpolitik

Meine Damen und Herren, Erderwärmung und extreme Witterungen machen nicht nur den Landwirtinnen und Landwirten zu schaffen, sondern auch den Forstleuten. Wir haben das Thema auch in diesem Haus mehrfach und - wie ich finde – recht sachlich erörtert.

Historisch bedingt sind unsere Wälder von Nadelbaumkulturen und geschlossenen Altersklassen geprägt. Solche Forstbestände sind anfällig für Dürre, Stürme und Orkane, wie wir sie in Folge des Klimawandels nun immer stärker erleben.

Diese Ereignisse haben in den vergangenen Jahren massive Schäden verursacht haben. In Folge der extremen Witterung, in Folge der Erwärmung, verzeichnet der Forst massive Zunahmen von Schadholz durch Borkenkäferbefall. Das hat historische Dimensionen angenommen und wir sprechen mittlerweile von einem Waldsterben 2.0.

Betroffen sind vor allem die Reinbestände an Fichten, aber auch an Kiefern. Über 100.000 Hektar, also mehr als die Hälfte der Fichtenwälder sind gefährdet. Das ist knapp ein Fünftel des sächsischen Waldes insgesamt.

Damit sich die Borkenkäfer nicht noch schneller ausbreiten, muss der Befall frühzeitig erkannt werden. Das heißt auch, die betroffenen Bäume schnell zu fällen und aus dem Wald zu entfernen.

Die Flächen, wo das passiert, geben nicht immer ein schönes Bild ab. Das ruft Fragen und Kritik hervor. An dieser Stelle bitte ich um Verständnis für die Forstleute. Denn bei der Schadensbeseitigung müssen auch die befallenen Bäume schnell gefällt werden, denen man den Käfer nicht sofort ansieht. Wenn die Bäume schon weitgehend abgestorben sind, ist es zu spät.

Die wirtschaftlichen Folgen des Borkenkäferbefalls sind dramatisch. Ein Hektar Wald ermöglicht im Schnitt grob geschätzt rund 5.000 Euro an Bruttowertschöpfung. Wenn 100.000 Hektar Fichtenbestand absterben, hätten wir also einen Verlust an potenzieller Wertschöpfung von rund einer halben Milliarde Euro.

Bisher konnten die Forstbetriebe die Schäden bewältigen. Das ist nun oft nicht mehr der Fall. Die Holzpreise sind drastisch gesunken. Schließlich gibt es das gleiche Problem auch in anderen Landesteilen oder bei unseren Nachbarn in Tschechien oder Polen. Die Erlöse decken teilweise nicht einmal Aufarbeitungskosten. Gleichzeitig sind hohe Kosten für Schadensbewältigung und Wiederaufforstung entstanden.

Wir reagieren auf diese Probleme zweigleisig. Sofortmaßnahmen und langfristige Maßnahmen sind notwendig und werden bereits angegangen.

Wir helfen als Freistaat, Schäden durch Borkenkäfer finanziell und technisch besser stemmen zu können. Beispielsweise berät der Staatsbetrieb Sachsenforst Waldbesitzer zu allen Fragen der Waldbewirtschaftung und Schadensbewältigung kostenlos und flächendeckend in den Revieren des Privat- und Körperschaftswaldes.

Und der Freistaat fördert Maßnahmen der Waldbesitzer zum Waldschutz und zur Wiederbewaldung in diesem Jahr mit rund zehn Millionen Euro. Außerdem stehen für den Zeitraum von 2021 bis 2023 weitere 28 Millionen Euro für diese Maßnahmen zur Verfügung. In Summe stellen wir also 38 Millionen Euro für den Privat- und Körperschaftswald zur Verfügung.

Zudem hat der Sächsische Landtag gestern für dieses Jahr die notwendige Ergänzungsfinanzierung für den Sachsenforst gesichert. Dadurch werden auch dessen vielfältige Leistungen für die kommunalen, kirchlichen und privaten Waldbesitzer möglich bleiben.

Schadensbeseitigung und ein an Nachhaltigkeit ausgerichteter Waldumbau sind nicht voneinander zu trennen. Es gilt hier das gleiche Prinzip, wie ich es bereits bezüglich der Corona-Folgen dargelegt habe. Lassen Sie uns die Schadensbeseitigung nutzen, um den ökologischen Umbau zu gestalten. Daran arbeiten wir. Unser Ziel sind klimastabile, naturnahe, arten- und strukturreiche sowie leistungsfähige Wälder.

Auch hier geht es um Resilienz, geht es darum, dass der Wald besser gegen Schäden und Klimawandelfolgen gefeit ist. Der Wald hat verschiedene lebenswichtige Funktionen. Die gilt es zu erhalten und zu verbessern.

Ob Privatwald, Körperschaftswald, Staatswald - mir ist klar: Waldumbau ist eine große Herausforderung und das kostet Geld. Dennoch ist er notwendig und ich setze mich dafür ein, dass wir jetzt den ökologischen Umbau verstärkt angehen. Dann tun wir etwas für Artenvielfalt und Lebensräume und nachhaltige Wirtschaft. Und kommen preislich günstiger davon, als wenn wir noch mal zehn Jahre ins Land gehen lassen.

Wir sind im Ministerium derzeit dabei, die Richtlinie Wald und Forstwirtschaft zu überarbeiten. Kern ist die Neugestaltung einer einfachen, gut praktikablen Förderung des Waldumbaus. Wir werden dabei auch die Eigenleistungen der vielen Waldbesitzer berücksichtigen. Die neu aufgenommene Förderung von Naturverjüngungen und von Waldrandstrukturen geht dabei einher mit einer stärkeren Einbeziehung von Laubbaumarten und dem Verzicht auf die flächige Bodenbearbeitung.

Was wir von anderen einfordern, das wollen wir im Staatswald auch selbst umsetzen. Beim Umbau des Staatswaldes geht es darum, diesen stärker an natürlichen Waldgesellschaften und deren Strukturen orientieren. Die Grundsätze lauten: Wir verbessern erstens den Wasserhaushalt und den Wasserrückhalt sowie zweitens den Schutz der Waldböden. Und drittens wollen wir nach und nach den Anteil alter Wälder und Totholzanteile erhöhen.

Der Natur und ihren Prozessen mehr Raum zu bieten, heißt auch, dass mehr Waldflächen überhaupt nicht mehr genutzt, sondern sich selbst überlassen werden. Prozessschutz lautet das Stichwort. Unser Ziel lautet: Fünf Prozent der sächsischen Waldfläche sollen aus der Nutzung genommen werden. Im Staatswald soll der Flächenanteil bei zehn Prozent liegen. Dort, im Staatswald, wollen wir das bis 2022 schaffen.

Im halben Jahr meiner Amtszeit habe ich mich bei mehreren Gelegenheiten von der Leistungskraft und dem Willen im Staatsforst überzeugen können. Da ist mir hinsichtlich der genannten Ziele nicht bange.

Meine Damen und Herren, der Waldbau in Sachsen soll und wird eine angepasste, erneuerte Grundlage bekommen – rechtlich klar gefasst und demokratisch legitimiert. Deshalb wollen wir das sächsische Waldgesetz novellieren. Das tun wir im breiten Dialog und mit Blick auf den Klimawandel. Eine Leitlinie: Die Ziele im Staatswald sollen noch stärker auf Schutz- und Erholungsfunktion und biologische Vielfalt ausgerichtet werden.

Zusammenfassende Einordnung, Ausblick

Meine sehr geehrten Damen und Herren, heute gilt mehr denn je: Es gibt dauerhaft keine wirtschaftliche und soziale Entwicklung und keine Gerechtigkeit ohne mehr Ökologie. Es gibt keine Nachhaltigkeit ohne deutlich größere Anstrengungen beim Umwelt- und Ressourcenschutz. Das ist ökologische und ökonomische Vernunft. Beides lässt sich nicht trennen. Wenn wir heute vorbeugen, müssen wir morgen nicht draufzahlen.

Gleichzeitig bergen die genannten Aufgaben und Aktivitäten verschiedene Ziel- und Mittelkonflikte. Das ist mir klar. Nebenbei bemerkt: Das Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft – Sie ahnen es, wenn Sie sich die Aufzählung der Politikfelder zur Gemüte führen – hat auch im Haus seit Anbeginn Ziel- und Mittelkonflikte zu lösen.

Ich bin jedoch überzeugt, dass wir auf allen Ebenen, in allen gesellschaftlichen Bereichen und in allen betroffenen Politikfeldern die Interessen und Sichtweisen in eine ökologisch ausgerichtete Politik integrieren können. Dazu möchte ich mit einem kooperativen Stil beitragen.

Mir geht es darum, Interessen, Probleme oder vermeintliche Gegensätze offen anzusprechen, mir geht es darum, dass wir auch mal die jeweils andere Brille aufsetzen und dass wir so beitragen, Konflikte aufzulösen. Weil wir den zunehmend existenziellen Anforderungen der Zeit nicht in Grabenkämpfen gerecht werden können. Ich würde das mal politische Energieeffizienz nennen.

Für den eben formulierten Anspruch braucht es Mut. Mut zum klaren Wort, Mut zum Kompromiss, auch mal Mut zur Gratwanderung und vor allem: Mut zum Handeln. Das gilt für alle Beteiligten.

Wenn wir das hinbekommen, dann handeln wir verantwortungsbewusst. Dann handeln wir im Interesse des Landes, seiner Menschen, seiner Natur, seiner Wirtschaft und seiner Zukunft. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!